

Ergebnisprotokoll

Sitzung des Runden Tisches zu Asyl- und Flüchtlingsfragen am 08.11.2016

Beginn der Sitzung: 11:10 Uhr

Ende der Sitzung: 13.30 Uhr

Ort der Sitzung: Rathaus, Plenarsaal

Tagesordnung

1. Begrüßung durch Oberbürgermeister Thomas Geisel
2. Aktueller Sachstand zur Flüchtlingssituation in Düsseldorf
Einführung durch die Flüchtlingsbeauftragte Frau Miriam Koch
3. Sachstand zur Bereitstellung von Unterkünften
Vortrag, Amt für Gebäudemanagement (Amt 23)
4. Sachstand zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Vortrag, Jugendamt (Amt 51)
5. Bericht der Unterarbeitskreise des Runden Tisches Asyl
 - 5.1 Koordinierungsgruppe WLAN in den kommunalen Unterbringungen
 - 5.2 UAK Frauen und Flüchtlingspolitik
 - 5.3 UAK Medizinische Versorgung
 - 5.4 AG Arbeit, Ausbildung und Praktikum
 - 5.5 AG Ausländerbehörde
6. Ausrichtung des Runden Tisches Asyl für das Jahr 2017 - Wünsche, Anregungen und Ziele
7. Sonstiges, weitere Vereinbarungen, nächster Termin
 - **Nächster Termin: 31.01.2017**

TOP 1, Begrüßung

Oberbürgermeister Thomas Geisel begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 13. Runden Tisches zu Asyl- und Flüchtlingsfragen. Er freue sich, dass die Anwesenden erneut so zahlreich erschienen sind und beschreibt die derzeitige Flüchtlingssituation positiv. Man sei vom Krisenmodus bzw. improvisierten Modus, in den geregelten Wohnungs- und Integrationsmodus übergegangen. Dies liegt unter anderem daran, dass im Oktober 2016 „nur“ 350 Flüchtlinge aufgenommen wurden, dies sei weniger als ursprünglich erwartet. Dies ist auf die Verhandlungen zur Verringerung

der Zuweisungsquote nach Düsseldorf mit der Bezirksregierung Arnsberg zurückzuführen.

Die Reduzierung der Zuweisungsquote sei eine große Hilfe für die Landeshauptstadt Düsseldorf, aufgrund der angespannten Unterbringungs-, Wohnraum- und Versorgungslage.

Ein weiterer Grund, obgleich einige Unterkünfte durch das Auslaufen von Mietverträgen wegfallen, ist die positiv ausgefallene Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten, die sich in diesem Jahr ergeben haben und jene, die sich 2016/2017 noch ergeben werden.

Teure Unterbringungsformen wie die Traglufthallen, bei denen die Kosten pro Person bei rund 1.200,00 Euro lagen, fallen weg. Im Fokus liegen nun Unterbringungsmöglichkeiten, in denen die Geflüchteten autonom leben und sich selbst versorgen können.

Die Zahl der Flüchtlinge mit verfestigtem Aufenthaltsstatus, welche nach wie vor in kommunalen Unterbringungsformen untergebracht sind, liegt derzeit bei ca. 2.500 Personen und ist weiter steigend, weswegen man das Ziel anstrebt, diese in reguläre Mietwohnungen unterzubringen. Aufgrund der Wohnungslage gestalten sich dies jedoch schwierig und stellen eine große Herausforderung dar.

Oberbürgermeister Thomas Geisel bedankt sich bei allen Anwesenden für die anhaltende Kooperation, und wertschätzt, wie gut die Stadtgesellschaft zusammenarbeitet, um gemeinsam die Herausforderungen der Landeshauptstadt Düsseldorf zu meistern.

TOP 2, Aktueller Sachstand zur Flüchtlingssituation in Düsseldorf

Die Flüchtlingsbeauftragte Frau Miriam Koch, erklärt, dass zum Stichtag des 31.10.2016 etwa 7740 Flüchtlinge kommunal untergebracht sind.

Die wöchentliche Zuweisung liegt derzeit bei 60 Personen. Dies entspricht jedoch keiner Quote, sondern steht im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit der Bezirksregierung Arnsberg, damit keine Notlösungen geschaffen werden müssen. Die Zuweisungen orientieren sich an den vorhandenen Unterbringungskapazitäten. Die zu erfüllende Gesamtquote liegt inzwischen bei 98%. Frau Koch zeigt sich zuversichtlich, dass das Aufnahmedefizit bis zum Ende des Jahres im Wesentlichen abgebaut sei.

In kommunalen Unterkünften leben derzeit 2.332 Menschen mit verfestigtem Aufenthaltsstatus, die rechtlich gesehen ausziehen könnten. Frau Koch erwähnt hierzu, dass ein Strategiewechsel nötig sei.

Sie erklärt, dass der Oktober aufgrund des Wegfalls einiger Unterkünfte sehr dynamisch war und fügt hinzu, dass inzwischen alle Landeseinrichtungen von der Landeshauptstadt Düsseldorf übernommen werden konnten. Die Roßstraße soll perspektivisch gegen Mitte 2017 zu einer Selbstversorgungsunterkunft umfunktioniert werden und über einen längeren Zeitraum in kommunaler Hand bleiben.

Die Verhandlungen zum Thema „interkommunale Zusammenarbeit“ sind an der Aufnahmeverpflichtung der Kommunen gescheitert. Zudem liegen auch ausländerrecht-

liche Gründe vor. Genaueres werde hierzu noch in einer Beantwortung der Ratsanfrage seitens der CDU im Detail erläutert.

Für die Planungen im Jahr 2017 liegen einige Schwierigkeiten vor. Zum einen besitzt die Stadt keine städtischen Grundstücke mehr, die sich für große Gemeinschaftsunterkünfte eignen würden, und zum anderen fehlt bei bereits angebotenen Gebäuden die Möglichkeit, diese durch Umbauarbeiten zu einer Flüchtlingsunterkunft umzufunktionieren.

TOP 3, Sachstand zur Bereitstellung von Unterkünften

Frau Birgit Lilienbecker, Amt für Gebäudemanagement, berichtet, dass Düsseldorf derzeit 8518 Plätze zur Verfügung hat.

- 612 Plätze in städtischen Bestandsgebäuden
- 2598 Plätze in der Anmietung, Wohnmodulanlagen und Leichtbauhallen
- 3436 Plätze in weiteren Bestandsgebäuden, welche die Stadt angemietet hat
- 152 Reserveplätze bis zum Ende des Jahres 2016 in der Zeltanlage an der Ulmenstraße (derzeit leer)
- 300 Plätze bis Ende November in der Traglufthalle auf der Theodor-Litt-Straße

Die Notlösung an der Schule Borbecker Straße wird derzeit zu einer Selbstversorgungsunterkunft umgebaut und bietet 190 Plätze.

Weitere Notlösungspakete sind Apartments und Hotels, die an einen langfristigen Vertrag gebunden sind. Diese Unterbringungsform bietet zusätzlich 216 Plätze. Zudem erklärt Frau Lilienbecker, dass auch die tageweise Anmietung von Hotels und Apartments gegeben sei, und dadurch weitere 814 Plätze zur Verfügung stünden.

Allgemein werden zum Jahresende insgesamt 1047 Plätze und im Jahr 2017, nach heutigem Stand, planmäßig insgesamt 1759 Plätze wegfallen.

Sie fügt hinzu, dass im Gegenzug nächstes Jahr 1.710 Plätze neu geschaffen werden und die Stadt somit kein Problem damit habe, alle zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen.

Zum Stichtag 31.10.2016 verfügt die Landeshauptstadt Düsseldorf über 7298 Plätze. Zum Jahresende werden weitere 1378 Plätze vorhanden sein. Abzüglich der wegfallenden Plätze in 2016, werde es dann 7477 feste Plätze geben, zuzüglich 1220 weiterer Plätze in Notlösungen. Insgesamt stehen zum Jahresende 8697 Plätze zur Verfügung.

(alle Angaben im Detail finden Sie unter:

https://www.duesseldorf.de/fileadmin/B01/fluechtlingsbeauftragte/runder_tisch_asyl/TOP3-2016-11-08-RTA.pdf)

TOP 4, Sachstand zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Herr Johannes Horn, Amtsleiter Jugendamt, erklärt, dass die Aufnahmeverpflichtung bei 457 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umFs) liegt und sich aktuell 435 Kinder/Jugendliche, 48 Mädchen und 387 Jungen, in der Obhut des Jugendamtes

befinden. Davon sind 84 Personen bereits über 18 Jahre alt, allerdings mit erzieherischem Bedarf.

Er berichtet, dass es derzeit insgesamt 49 Hilfeformen in Düsseldorf gibt, einschl. Inobhutnahmen und Unterbringungen in Gastfamilien. In Gastfamilien sind zurzeit 23 Jugendliche untergebracht und weitere 9 Plätze frei. Zur weiteren Unterbringung werden derzeit Trainingswohnungen geschaffen und 2017 das Angebot zum Übergang in eine eigene Wohnung erhöht. Der Aufbau von weiteren Möglichkeiten sei jedoch weiterhin notwendig. Hierzu wurden freie Träger und das Kinderhilfezentrum dazu beauftragt Angebote einzuholen.

Man habe die Zielsetzung für 2017, eine eigene Organisationseinheit im sozialen Dienst zum Thema umFs zu schaffen, um der Jugendhilfe gerecht werden zu können. Es werde eine zentrale Anlaufstelle geben.

Zum 01.10.2016 werde die Ludwig-Beck-Straße 11 durch vier Träger eigenständig geführt, wodurch sich das Jugendamt herausziehen kann und sich lediglich mit der Koordinierungsaufgabe befassen wird.

Zum Jahresende werden diese Träger, nach dem Standard der Landesjugendämter, das Clearingverfahren organisieren. Dies bedeutet, dass jeder, der in der Ludwig-Beck-Straße unterkommt, die Garantie habe, dass sein Clearing nach 2-3 Monaten abgeschlossen ist.

(alle Angaben im Detail finden Sie unter folgendem Link:

https://www.duesseldorf.de/fileadmin/B01/fluechtlingsbeauftragte/runder_tisch_asyl/TOP4-2016-11-08-RTA.pdf)

TOP 5, Bericht der Unterarbeitskreise des Runden Tisches Asyl

5.1 Koordinierungsgruppe WLAN in den kommunalen Unterbringungen

Herr Korcik, Hauptamt, erleutert das technische Konzept für die Einrichtung von WLAN in Flüchtlingsunterkünften. Zudem sei es wichtig, dass ein Internetprovider, welcher die Störerhaftung übernimmt, vorhanden ist. Hier arbeitet die Landeshauptstadt Düsseldorf mit den Freifunkern, Sorglos Internet und Unitymedia zusammen. Es wird berichtet, dass die Stadt derzeit bei Festnetzanbietern wie der Telekom, Vodafone und Unitymedia die Netzinfrastruktur anmietet.

Zunächst werde man sich vorrangig darauf konzentrieren, Sammelunterkünfte mit je einem WLAN-Accesspoint auszustatten. Dies seien im Moment in der Gesamtrechnung ca. 3300 Plätze, verteilt auf 18 Sammelunterkünfte, welche bereits mit einem Internetanschluss versorgt sind. Die übrigen Sammelunterkünfte werden sukzessive ebenfalls mit WLAN erschlossen.

(Ein Schaubild zum Thema WLAN finden Sie unter folgendem Link

https://www.duesseldorf.de/fileadmin/B01/fluechtlingsbeauftragte/runder_tisch_asyl/TOP5-1-2016-11-08-RTA.pdf)

5.2 UAK Frauen und Flüchtlingspolitik

Frau Laqua, Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern, erklärt, dass der Unterarbeitskreis für Frauen und Mädchen (UAK FuM) gegründet wurde, um für diesen geschlechterspezifische Informationen zu bündeln und sie an Fachkräfte weiterzugeben, dadurch können Themen intensiver besprochen und behandelt sowie Bedarfe speziell für geflüchtete Frauen und Mädchen in Düsseldorf festgestellt werden.

Der Unterarbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Personen, die direkt mit geflüchteten Frauen und Mädchen arbeiten, wie z.B. Frauenhäuser, Beratungsstellen, Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbände.

Die speziellen Themen werden erarbeitet, der allgemeinen Lage angepasst und entwickeln sich stets auf diesem Wege. So erhält der UAK FuM unter anderem Arbeitsaufträge oder Anregungen von der Flüchtlingsbeauftragten, Frau Koch.

Frau Laqua berichtet, dass im Jahr 2015 die Priorität darin bestand, Mindeststandards zum Schutze von Frauen in den Unterkünften festzulegen.

Im Jahr 2016 steht die bedarfsorientierte Unterbringung von Frauen im Vordergrund und die Fragen, wie die Standards derzeit in den reinen Frauenunterkünften aussehen, wie die Situation in Düsseldorf ist und ob es besondere Projekte und Förderungen für weibliche - insbesondere durch Gewalt - traumatisierte Flüchtlinge gibt. Darüber hinaus ergab sich ein großer Bedarf an Informationen zu Vorgehensweisen im Umgang mit schwangeren Frauen bzw. Wöchnerinnen in den Unterkünften.

Im Dezember 2016 wird ein weiterer Bereich zum Thema Frühehen/ Schwangerschaft und Flucht erarbeitet.

Ein Ergebnis des Jahres 2016 ist die Erstellung eines Forderungspapieres, worin die Standards und die Gestaltung für die Unterbringung von allein reisenden Frauen, Mädchen und Familien festgehalten werden.

Aufgrund des regen Austausches zwischen den verschiedenen Stellen, hat sich herauskristallisiert, dass das eingesetzte Personal vor Ort weiterer Schulung hinsichtlich der Motivation zur Flucht, der Lebenssituation der Geflüchteten sowie der Problemstellung im Heimatland bzw. Deutschland bedarf und dieses Defizit durch Seminare, angeboten von der Landeshauptstadt Düsseldorf, mit dem Schwerpunkt „Stärkung der interkulturellen Kompetenz“, ausgeglichen wird.

(Die PowerPoint Präsentation zum UAK FuM finden Sie unter folgendem Link:

https://www.duesseldorf.de/fileadmin/B01/fluechtlingsbeauftragte/runder_tisch_asyl/TOP5-2-2016-11-08-RTA.pdf)

5.3 UAK Medizinische Versorgung

Herr Dr. Göbels, Amtsleiter des Gesundheitsamtes, berichtet, dass ein Konzept erarbeitet wurde, psychopathologische oder traumatisierte Flüchtlinge zu erkennen. Ziel sei es die Mitarbeiter insbesondere in der Erstaufnahmeeinrichtung, als auch in den anderen Unterkünften zu schulen und zu sensibilisieren, damit diese in der Lage

sind, betroffene Personen frühzeitig zu erfassen. Im Dezember 2016 soll hierzu am Vogelsanger Weg 49 eine Schulung stattfinden.

Weiterhin gibt es ein Curriculum, auch in Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Zentrum Düsseldorf, welches unter Beteiligung des Gesundheitsamtes erstellt wurde. Auch hier ist das Ziel, Informationsveranstaltungen in den Unterkünften durchzuführen, Ressourcen aktivierende Kleingruppen und Einzelgespräche anzubieten, um Stressabbau in den größeren Einrichtungen zu gewährleisten.

Herr Dr. Göbels berichtet außerdem von der Gewaltopferambulanz des Gesundheitsamtes. Dort wurde mit dem PSZ ein Kooperationsvertrag geschlossen, damit das PSZ die entsprechenden Therapien über einen Landesfond abrechnen kann.

Er merkt an, dass die Seiteneinsteiger Untersuchungen aufgrund von personellen Engpässen verringert werden mussten und man daran arbeite geeignetes Personal zu finden, um auch hier die Schuleingangsuntersuchung in gewohntem Umfang anbieten zu können.

5.4 AG Arbeit, Ausbildung und Praktikum

Frau Koch erklärt, dass Herr Schüßler von der Arbeitsagentur die Arbeitsergebnisse bereits im letzten Runden Tisch am 06.09.2016 mitgeteilt habe.

5.5 AG Ausländerbehörde

Frau Koch berichtet, dass die AG Ausländerbehörde einmal getagt habe und es aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens noch keine Ergebnisse zu verkünden gäbe.

TOP 6, Ausrichtung des Runden Tisches Asyl für das Jahr 2017 - Wünsche, Anregungen und Ziele

Frau Koch bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausländerbehörde dafür, dass sie die vom Land aufgetragenen Aufgaben gut bewältigt haben und angegangen sind wie zum Beispiel das Thema der Nachregistrierung, die Asyl-antragsstellung von über 3500 Personen und die Erfassung derer, die vor dem 06.08.2016 also vor Inkrafttreten der Wohnsitzauflage, mit einer Anerkennung aus einem anderen Bundesland einen Wohnsitz in Düsseldorf in Anspruch genommen haben.

Frau Koch berichtet, dass sie sich zum Thema Schutzbedürftigkeit mit Herrn Oberbürgermeister Thomas Geisel und Initiativen aus dem Bereich LSBTTI getroffen hat, um über Unterbringungsformen wie Schutzhäuser, sogenannte Regenbogenhäuser, zu sprechen. Ähnliche Häuser gibt es bereits unter anderem in Berlin. Angetrieben wurde diese Idee durch eine Anfrage seitens der CDU-Ratsfraktion, bezgl. einer getrennten Unterbringung von Christen und anderen Glaubensrichtungen. In welcher Form stünde noch zur Debatte.

Frau Koch schlägt vor, zum nächsten Runden Tisch am 31.01.2017 einen Experten-vortrag zum Thema EU Richtlinie und Schutzbedürftigkeit anzuhören, damit man an-

schließlich gemeinsam darüber entscheiden kann, wie das Thema Schutzbedürftigkeit in Zukunft bearbeitet werden soll.

TOP 7, Sonstiges, weitere Vereinbarungen, nächster Termin

Der nächste Runde Tisch findet am Dienstag, den 31.01.2017, um 11:00 Uhr statt.

Frau Koch bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit und wünscht allen eine schöne Weihnachtszeit.

Die PowerPoint Präsentationen zu den Vorträgen sind im Internet hinterlegt und unter <https://www.duesseldorf.de/fluechtlingsbeauftragte/runder-tisch-asyl.html> abrufbar.

Gesprächsleitung

gez.
Miriam Koch
(Flüchtlingsbeauftragte)

Protokollführung

gez.
Ilka Köster (Büro der Flüchtlingsbeauftragten)